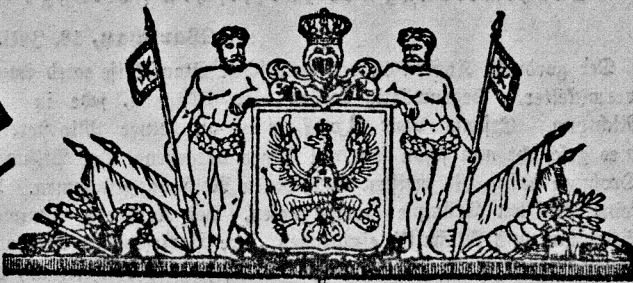


# Vossische



# Zeitung

2 Mark

Gegründet

1704

Mit

(Im Ausland: 3 Mark)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): I. V. Dr. W. H. Edwards-Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600 - 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Poincaré vertagt seine Londoner Reise.

### Die Denkschrift über den Marksturz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 18. Juli.

Den Morgenblättern zufolge hat die französische Regierung eine Denkschrift ausarbeiten lassen, um nachzuweisen, daß Deutschland die Gefährdung der Mark geflissentlich herbeigeführt habe. Die Denkschrift soll der Reparationskommission als Argument gegen die Bewilligung des Moratoriums und zur Feststellung des „verschuldeten Verfallens“ Deutschlands überreicht werden. Die Denkschrift ist, wie ich dazu erfahre, von Poincaré persönlich zusammen mit dem Finanzminister de Lasteyrie verfaßt worden. In der Denkschrift wird als Beweis für die angebliche Schuld der deutschen Regierung angeführt, seit dem 1. Januar hätte Deutschland monatlich etwa 10—12 Milliarden Papiermark neu ausgegeben.

Nach einer Meldung der Agence Havas hat Poincaré gestern die britische Regierung davon verständigt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzugeben, wann er mit Lloyd George in London zusammentreffen könne, bevor er Kenntnis von dem Bericht des Garantieausschusses genommen habe, der eventuell eine einstimmige Grundlage für die geplanten Besprechungen über die Reparationen abgeben könnte.

Die Antwort Poincarés auf das englische Ersuchen um Angabe eines bestimmten Datums für seine Londoner Reise stellt insofern ein Entgegenkommen dar, als weder von der Feststellung des „verschuldeten Verfallens“ Deutschlands noch von der Inanspruchnahme der Mittel des inneren deutschen Schuldendienstes für die Reparationen und einem Beschluß der Reparationskommission in der Moratoriumsfrage, sondern nur von dem Bericht des Garantiekomitees die Rede ist. Immerhin bleibt es überraschend, daß der französische Ministerpräsident seine Reise erst festsetzen kann nach der Feststellung eines Berichtes, der nicht nur für die Pariser Regierung, sondern auch für die Reparationskommission bestimmt ist. Die Zeit, in der Frankreich und speziell Poincaré mit aller Entschiedenheit betont, daß die Reparationskommission nach dem Versailler Vertrag souverän ohne störenden Eingriff der Regierungen zu entscheiden habe, ist offenbar vorbei.

Die meisten Pariser Blätter empfehlen die Reise. Hinter den Kulissen bemühen sich, wie schon berichtet, einflussreiche Kreise, die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten zu hintertreiben.

Bertinog erklärt heute im „Echo de Paris“, er für seine Person verstehe nicht recht, warum die französischen Minister solche Scheu vor Reisen nach England haben. Seines Erachtens müsse diese Gelegenheit ergriffen werden, die französische Politik entschieden und offen zu betonen. Es sei nicht ersichtlich, weshalb das Handeln der französischen Regierung von dem Bericht des Garantiekomitees abhängig gemacht werde. Von diesem Bericht sei ohnedies nichts zu erwarten. Wenn Poincaré seine Londoner Reise durchaus von irgendeiner Zusicherung abhängig machen wollte, so hätte er lieber dabei bleiben sollen, daß die Reparationskommission Deutschlands

„verschuldetes Verfallen“ feststellen müsse; aber die Reise wäre auch ohne vorherige Zusicherungen denkbar gewesen.

Hervé führt im Leitartikel der „Victoire“ aus, die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten werde bestimmt stattfinden und sei auch dringend notwendig. Poincaré hielt sich vielleicht etwas zu lange bei Formen- und Prozedurfragen auf. Das Beste wäre, er führe schleunigst nach London, um Lloyd George offen zu fragen, in welchem Maße England bereit sei, eigene Opfer zu bringen.

### Gegen den Le Troquer-Plan.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 19. Juli.

Das Ausschußkomitee für die verwüsteten Gebiete hat gestern eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf folgende Tagesordnung angenommen wurde: „Das Ausschußkomitee für die verwüsteten Gebiete erinnert an seine Initiative, seine Propaganda und sein Eingreifen zugunsten einer großzügigen Mitarbeit Deutschlands durch Sachleistungen an einem Wiederaufbau der befreiten Provinzen und stellt fest, daß nach einem Jahre der Verzögerung die jetzige Regierung zu beabsichtigen scheint, das Wokommen von Wiesbaden zur Ausführung zu bringen. Das Komitee beschließt, eine Audienz beim Ministerpräsidenten Poincaré zu beantragen:

1. um ihm die Meinung der Geschädigten zum Ausdruck zu bringen, die einer rationellen Verwendung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte günstig gegenüberstehen;
2. um ihm mitzuteilen, daß die überwältigende Mehrheit der Geschädigten dem Plane Le Troquers feindlich gegenübersteht, der darauf hinzielt, deutsche Arbeitskräfte zu Arbeiten im Innern Frankreichs unter Ausschluß der befreiten Gebiete zu verwenden;
3. um zu erfahren, durch welche Methode die Regierung den gesamten Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete vorzunehmen gedenkt, so daß die Geschädigten gerecht und gleichmäßig behandelt werden.“

c London, 19. Juli.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet seinem Blatte, es scheine, daß sich die Lage mit Bezug auf die Reparationsfrage etwas verschärft habe. Nach gewissen Informationen soll Lloyd George sich gegen die Amullierung der englischen Forderungen an Frankreich ausgesprochen haben. Wenigstens solange, bis Frankreich „vernünftig“ geworden sei. Der Korrespondent fügt hinzu: „Was auch die Auslegung sein kann, die man diesem gibt, so muß doch hervorgehoben werden, daß ohne eine Kompensation, die in der Benutzung der deutschen Bonds Reihe C zur Zahlung der interalliierten Schulden liegt, es nicht anzunehmen ist, daß die französische Regierung irgendeine Konzession macht. Wenn nicht jede Regierung eine großmütige Geste der andern erwarten kann, dann wird aus diesen ganzen Verhandlungen etwas noch Schlimmeres hervorgehen als ein völliger Stillstand.“

## Der „betrügerische Banterott“.

Herrn Poincarés Taktik, deren Unfruchtbarkeit und Gefährlichkeit anscheinend von einer wachsenden Zahl französischer Politiker und Publizisten erkannt und gefürchtet wird, geht im Augenblick darauf hinaus, eine möglichst „starke“ Ausgangsposition für die kommenden Verhandlungen über das Moratorium und die Anleihe zu gewinnen. Zu diesem Zweck möchte Herr Poincaré um jeden Preis festgestellt wissen, daß Deutschland die Unmöglichkeit der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen selbst verschuldet habe. Da er nicht sicher ist, ob die Mehrheit der Reparationskommission bereit sein wird, aus den Tatsachen eine solche, sagen wir gewaltsame, Schlussfolgerung zu ziehen — es ist ja bekannt, daß es in dieser Hinsicht schon bei der Festsetzung des Textes der letzten Note zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen ist —, sucht er jetzt, wie sich aus der nebenstehend wiedergegebenen Meldung unseres Pariser Berichterstatters ergibt, selbst den Beweis für die Richtigkeit der These zu führen, auf die er politisch und taktisch so großes Gewicht legt. Wir kennen den Inhalt der Poincaréschen „Zusammenstellung“ noch nicht und wissen vorläufig nur, daß er sich auf die umfangreiche Neuemission von Banknoten beruft.

Daß zu gewissen Terminen von der Reichsbank mehr Banknoten in Umlauf gesetzt worden sind, als zur Abdeckung der gleichzeitig fälligen oder auflaufenden Barverpflichtungen der Reparation erforderlich wäre, ist ohne weiteres zuzugeben. Aber daraus den Vorwurf gegen Deutschland abzuleiten, daß es absichtlich sein Budgetdefizit erhalte und steigere und seine Währung ruiniere, um die Reparationsgläubiger zu pressen, wäre völlig verfehlt. Das Budgetdefizit kann nicht beseitigt werden, und es steigt zu Zeiten sogar, weil die Entwertung der deutschen Baluta die Preise in Deutschland fortgesetzt in die Höhe treibt, und weil diese ununterbrochene und rapide Teuerung die öffentlichen Ausgaben ständig vermehrt. Auch die Finanzpolitiker der Entente haben noch kein Abgabensystem zu entdecken vermocht, dessen Erträge sich schnell zunehmenden Ausgabebedürfnissen von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat unmittelbar und vollständig anpassen. Der Amerikaner Vandervlip, der die Inflation als das schwerste Unglück betrachtet, das ein Land und ein Volk überhaupt treffen kann, hat in seinem letzten sehr klugen Buche „Was aus Europa werden soll“ darauf hingewiesen, daß man die Leiter der Finanzen der ruinierten europäischen Staaten weder für hoffnungslos böswillig, noch für hoffnungslos borniert halten dürfe, und daß, so lange die Passivität der Zahlungsbilanzen nicht beseitigt werde, die verhängnisvolle Arbeit der Notenpresse ein Fatum sei, dem man, aller Einsicht und allem guten Willen zum Trotz, nicht enttrinnen könne.

Wir wollen gewiß nicht behaupten, daß die deutsche Finanzpolitik alle ihre Aufgaben gelöst und daß sie sie besonders glücklich gelöst hat. Aber als Ursache der Inflation treten die Fehler und die Unterlassungen, die auf unserem Konto stehen, durchaus zurück gegen die Wirkungen, die von der Passivität der Zahlungsbilanz ausgehen. Will etwa Herr Poincaré behaupten, daß die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz unsere Schuld ist? Will er behaupten, daß es unsere Schuld ist, wenn wir jetzt Reparationskosten für die „Nachlieferung“ gegen Devisen in England kaufen und wenn wir für unsern eigenen, dringlichsten Bedarf fast doppelt soviel Kohlen wie im Frieden aus dem Ausland einführen müssen, weil die Reparationskommission, trotz des Verlustes der ober-schleissischen Kohle und trotz des Rückganges der Förderung auf Liefermengen beharrt, die schon früher viel zu hoch und für unsere Zahlungsbilanz eigentlich unerträglich waren?

Es ist möglich, sogar sehr wahrscheinlich, daß in der nächsten Zeit auch das Bedürfnis der Privatwirtschaft in Deutschland zu einer beträchtlichen Steigerung des Notenumlaufs drängen wird. Kapitalmangel und Kreditnot nehmen fortgesetzt zu, und schließlich müssen Auswege gefunden werden: durch vermehrte Notwendigkeit des Warenwechsels, durch Rückfluß von Schatzwechslern des Reiches zur Reichsbank. Beides wirkt natürlich unvermeidlicherweise inflatorisch. Wird Herr Poincaré behaupten, daß auch diese Inflation, die ja u n m i t t e l b a r mit den Reparationszahlungen nichts zu tun hat, von Deutschland „böswillig“ verschuldet sei? Dann behauptet er, daß Deutschland verpflichtet sei, seine wirtschaftliche Produktionsfähigkeit einzuschränken und schließlich einzustellen.

Gegen diese Schlussfolgerung hätte vernünftlich Sir John Leigh nichts einzuwenden, der, wie unser Londoner Berichterstatter meldet, in der „Ball Mail Gazette“ einen sehr gehässigen und sehr absurden Artikel unter der Überschrift „Wie Deutschland die Verbündeten hinter das Licht führt“ veröffentlicht. Sir John Leigh weist zunächst auf die großen deutschen Auslandsguthaben hin — er schätzt sie auf 500 Millionen Pfund — und wettet gegen die Kapitalflucht. Wir sind gleichfalls der Ansicht, daß die Kapitalflucht energisch bekämpft werden muß, und warten mit Spannung auf die Veröffentlichung der sicherlich sehr interessanten Vorschläge, die das Garantiekomitee in dieser Hinsicht gemacht hat. Der englische Autor erklärt dann weiter, Deutschland wolle offensichtlich nicht zahlen und die Alliierten müßten es „durch Zwang“ zum zahlen bringen. Moratorien und Anleihen seien nutzlos; Zwang sei das einzige Mittel. Es sei Deutsch-

## Der Auswärtige Ausschuß.

Hermes berichtet über die Garantie-Verhandlungen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantiekomitee zu beschäftigen. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen. Auch der Reichstagspräsident Löbe, der nicht zu den Ausschußmitgliedern gehört, wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz führte der Abg. Dr. Stresemann. Vom Reichskabinett waren neben dem Reichszugler Dr. Wirth der Vizenzugler Bauer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Finanzminister Hermes, und ferner vom Auswärtigen Amt der Staatssekretär Dr. Saniel anwesend. Auch eine sehr große Zahl der Vertreter der einzelnen Länder, die dem Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats angehören, nahmen teil. Besonders bemerkt wurde, daß der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer zu dieser Sitzung erschienen war.

Der Ausschuß nahm zunächst den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Hermes über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee entgegen, vertagte dann aber die Aussprache darüber bis zur nächsten Sitzung am Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

Zwischen den Abgeordneten Marx, Dr. Stresemann und Petersen, den Vorstehenden der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, wurden heute im Reichstag die Verhandlungen über die

Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien fortgesetzt

Der Parteivorstand der Demokratischen Partei trat heute vormittag im Reichstagsgebäude zu einer Besprechung zusammen, die bis zur Mittagsstunde noch nicht beendet war.

## Münchener Beratungen über die Schutzgesetze

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

mh München, 19. Juli.

Der bayerische Ministerrat trat, wie bereits angekündigt, heute zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch Annahme der Schutzgesetze im Reichstag für Bayern geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Zu dem Ministerrat war auch der bayerische Gesandte in Berlin von Preger in München eingetroffen, der dem Ministerrat Bericht über die einzelnen Verhandlungen in Berlin erstattete.

Wie man hört, liegt dem Ministerrat ein vom bayerischen Justizministerium ausgearbeitetes Gutachten über die Schutzgesetze vor, welches die rechtlichen Beziehungen zwischen diesen Gesetzen und der bayerischen Justiz- und Polizeihohheit behandelt. In politischen Kreisen wird angenommen, daß der Ministerrat heute keinen Beschluß fassen wird, sondern erst die Stellung der Landtagskoalitionsfraktionen abwartet, um danach eine definitive Entscheidung zu treffen.